fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Das russische Rätsel — Das Diktatur-

programm — Kulturfaschismus —

Von welschen Ketten mach uns freil —

Müller vom Parteivorstand — Rot Heil!

NR. 7

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 5

BERLIN

APRIL 1931

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auftrage der I. A. A. herausgegeben wurde, sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappel

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu.

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 20. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Ausprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 7

April 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörckhüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Das russische Rätsel

„In Tobolsk, einem Nest hoch im Norden, 300 Kilometer von der Eisenbahn, ohne Fabriken, sah ich wenig von der Revolution, bis ich eines Tages in eine Versammlung von Lehrern, Eltern und Kindern kam. Die Lehrer und Eltern plapperten revolutionäres Kauderwelsch nach, die Kinder hatten revolutionäre Gedanken. Ein Dienstmädchen, frühere Halbanalphabetin, las das Gesetzbuch, um sich für das Amt des öffentlichen Anklägers vorzubereiten. Und es sammelten sich um sie die Weiber, um über Recht und Unrecht ernst zu beraten. Tief hat der Pflug der Revolution das Land umgeackert, sogar in den entferntesten, faulsten Nestern hat er Furchen gezogen.“ Diese Sätze, datiert „Moskau im August 1930,“ stehen in einem Aufsatz von Karl Radek über „Boris Pilnjaks Stellung in der sowjetrussischen Literatur“, und dieser Aufsatz ist dem Roman von Boris Pilnjak „Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“ als Einleitung vorangestellt (Deutsch von Erwin Honig, Neuer Deutscher Verlag 1930). Der Grund, warum Radek das letzte Erzeugnis eines hochbegabten russischen Schriftstellers sozusagen mit einem Passierschein versehen zu sollen glaubte; der Inhalt des Passierscheines mit seinen kulturpsychologischen, literaturkritischen, revolutionärpolitischen, soziologischen und historischen Kennzeichnungen; die hierbei gleichzeitig sichtbar werdenden Persönlichkeiten Radeks und Pilnjaks und endlich der mit so reichhaltig instrumentierter Begleitmusik in die Welt gesandte Roman selber — alles das fügt sich zu einem außerordentlich lehrreichen Beitrag zur Beurteilung der wahren Natur der von Geheimnissen und Widersprüchen umschleierten russischen Sphinx zusammen.

Wann Karl Radek in Tobolsk war und wie er hinkam, sagt er nicht. Die Provinz Tobolsk liegt, wie der Handatlas ausweist, sich östlich des Uralgebirges vom 58. Breitengrade bis in die Eiszone erstreckend, in Sibirien. Es ist die Gegend, in die die Bolschewiken, hierin ihren Vorgängern aus dem Geschlechte der Romanows nacheifernd, gern mißliebige Kritiker ihres Waltens, zumal proletarisch-revolutionärer Gesinnung, zur Abkühlung verschicken. Mit starkem Gedächtnis ausgerüstete Zeitgenossen, die ihre Erinnerung über einen Zeitraum von drei Jahren zurück zu lenken vermögen, wissen noch, daß auch Radek bei der großen Zehnjahr-Jubiläums-Zerschmetterung der trotzkistischen linken Abweichlinge in die sibirischen Einöden gejagt wurde. Jetzt also ist er ausgekühlt genug, um mit voller Sicherheit russischen Dichtern sagen zu können, ob und inwiefern ihre Kunst den Prozeß der tiefen Umwälzung, der die Massen ergriffen hat,“ und der es „der Sowjetregierung ermöglicht, diese organisierenden Kräfte aus der Arbeitermasse herauszuholen“, „lebendig zu schildern“ verstanden hat. Denn nur ein solcher Künstler „kann beanspruchen, daß er den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus schildert hat.“ Von Radek ist anzunehmen, daß er „diese in den Massen vor sich gehenden Prozesse fühlt und versteht“, daß es ihm nicht so geht wie dem armen Piljak, der „zu verstehen vorgibt, was er nicht versteht.“ Dies scheint Radeks Schicksal bis 1927 gewesen zu sein; sonst hätte er damals kaum den Anlaß geben können, ihn wegen falscher Deutung des schöpferischen Prozesses als Renegaten und Konterrevolutionär zu verbannen. Jetzt versteht er erfreulicherweise alles ganz richtig, wie Stalin es haben will und belehrt junge Dichter, wann und wodurch der Inhalt ihrer Werke revolutionär oder konterrevolutionär ist.

Das Tobolsker Dienstmädchen — Dienstmädchen? In dem entfernten, faulen Nest hoch im Norden? Bei wem? Gibt es in dem 300 Kilometer von der Bahn entfernten, fabriklösen sibirischen Verbannungsort Nepleute? Wer leistet sich dort im Zeichen des sozialistischen Aufbaus noch Dienstmädchen? — — die frühere Halbanalphabetin im Tobolsker Norden also verwendet ihre junge Fähigkeit des Lesens zum Studium des Gesetzbuches. Sie will es nicht kennen lernen, um zu erfahren, was sie tun darf und was ihr verboten ist, nicht um zu vergleichen, ob ihr Wandel, der ihrer Umgebung den Anforderungen entspricht, die die großen Führer des Bolschewismus in Moskau, maßgeblich für alle Bürger der Sowjetunion, in strenge Gebote geordnet zum Strafkodex gefügt

haben; auch nicht, um zu prüfen, ob denn die Verbote und Strafdrohungen der Obrigkeit ihrem eigenen Rechtsgefühl entsprechen und vor ihrem einfachen proletarischen Urteil als Ausdruck revolutionären und sozialistischen Geistes Bestätigung finden können; — nein, unser Tobolsker Dienstmädchen liest das Gesetzbuch, „um sich für das Amt des öffentlichen Anklägers vorzubereiten.“ Es ist schwer zu entscheiden, ob der Fall von Radek vorgezogen wird, um an einem besonders typischen Beispiel darzutun, wohin der Bildungsdrang der eben erst zu revolutionärem Denken erwachten Kleinstadtbevölkerung allgemein strebt, oder ob er mit dem etwas verkrampten Zynismus, der Radeks Natur nichts fern liegt, einen Abglanz seiner eigenen Empfindungen als politischer Sünder gegen eben dies Gesetzbuch, in welcher Eigenschaft er doch Zeuge der Szene wurde, auf aufmerksame Leser seines Vorworts strahlen lassen wollte. Jedenfalls sehen wir das, von den übrigen um das Wissen von Recht und Unrecht bemühten „Weibern“ umringte Mädchen beflissen, an Hand eines Lehrbuches die Gabe des Anklagens zu erwerben. Nicht ihrem natürlichem Rechtsbewußtsein vertraut sie dazu, sondern nur der Autorität des gedruckten Wortes; nicht Verständnis will sie erlernen für Schwächen und Verfehlungen der Mitmenschen; nicht nach Verteidigung der Entgleisten, der Bedrohten, der Opfer trauriger Lebensumstände steht ihr Sinn, sondern nach Anklage. Sie will es sein, die der Öffentlichkeit zuruft; seht, hier steht ein Schuldiger; richtet ihn!, stümpft ihn!, vernichtet ihn! Macht will sie ausüben, Furcht verbreiten, Autorität sein!

Sind das die Furchen, die der Pflug der Revolution hinterlassen hat, als er das Land bis in die entlegensten Gegenden umackerte? Wenn wir nicht glauben mögen, daß Radeks Tobolsker Dienstmädchen wirklich schon als Repräsentantin des Geistes anzusehen sei, der von dem herrlichen Aufschwung der russischen Revolution übrig geblieben ist, so kommt uns dieser Zweifel nirgends aus den Handlungen der herrschenden Gewalten, nirgends aus ihren Manifesten, nirgends aus den Lobpreisungen, die ihnen von abhängigen Parteigängern unablässig gesungen werden. Von ihnen haben wir zuviel widerlegbare Lügen gehört, sie muten uns zuviel kritiklose Bewunderung für alles zu, was nur irgend auf dem sechsten Teil der Erdoberfläche geschieht, den die Sowjetunion umspannt, sie drücken uns mit zuviel Eifer das Weihrauchfaß in die Hand, verlangen mit zuviel beifallsüchtiger Gier, daß wir es ihnen zum Ruhme schwenken sollen, und wenden

zuviel hysterischen Haß auf gegen alle Skeptiker und Mißvergnügten, als daß uns nicht allmählich alle ihre Beteuerungen und Anpreisungen als aufdringliche Marktschreierei verdächtig sein sollten, als daß wir nicht geneigt sein sollten, eher ihnen zu mißtrauen als den Stimmen der zahllosen Enttäuschten, die die bolschewistischen Staatslenker beschuldigen, sie und ihre seelenlose Bürokratie hätten das hohe Gut der Oktoberrevolution schon soweit vertan, daß man es als ruiniert und verloren beweinen müsse. Wenn wir noch nicht verzagen an der russischen Revolution, wenn wir den Geist von 1917 trotz allem lebendig sehn, uns immer noch, immer wieder überzeugen lassen, daß Leben und Wachstum ist und sozialistisches Wollen und freudige Initiative bei den Bauern und Arbeitern des gewaltigen Landes, so kommt uns dieser Glaube und diese Bereitschaft zur Anerkennung durchaus nur von den Zeugnissen solcher Menschen, die, von den beamteten, beeinflußten und eingeschüchterten Lobrednern beargwöhnt und verdächtig, ohne offiziellen Auftrag und mit offenen Augen urteilen und weder für das Peinliche und Unvollkommene noch für das Gute und rein Erhaltene blind sind. Zu ihnen gehört Boris Pilnjak.

„Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“ ist eine Prosa-dichtung von hohem künstlerischen Rang. Ein gewaltiges technisches Werk, die Errichtung eines riesigen Staudammes im Rahmen des Fünfjahresplans, durch den zwei Flüsse in neue Betten umgeleitet werden, Oka und Moskwa, um Moskaus Hafen den Ozeandampfern schiffbar zu machen, bestimmt den Geschehenskreis des Romans; Symbol einer tiefen Idee, einer revolutionären Idee, die mehr einschließt als nur ökonomische Berechnungen. Menschen steigen auf, Arbeiter, Bauern, Ingenieure, Kleinbürger, Schieber, Verschwörer, Frauen, Kinder, revolutionär Begeisterte und opportunistische Streber, vom heiligem Schaffenseifer erfüllte Geister und gewissenlose Geldraffer. Schicksale rollen ab, die weiter greifen als die materialistische Programmatik vorschreibt; denn Pilnjak versteht es, Menschen von innen zu sehn, und zeigt sie in seelischen Konflikten, in privaten Sorgen, in Liebesverstrickungen und sexuellen Wirrnissen. So entsteht, um die Vorgänge eines einzigen Tages in dramatischer Wucht geschichtet, ein Buch, das in seiner psychologischen Untermalung an die besten Traditionen der russischen Romandichtung anschließt, trotzdem aber Gegenwartsroman besten Stils, realistisch zugleich und zukunftsgläubig ist und ideologisch weit über die marxistische Schulweisheit hinaus industriellen und maschinellen Ent-

wicklungen und Plänen die Deutung weitschauender, den Sozialismus seelisch erfassender Größe gibt. Heißer Glaube an die Revolution teilt sich dem Leser mit, und der Eindruck, der fanatische Schaffensdrang des alten Wissenschaftlers, der sich die Aufgabe stellt, der Wolga eine neue Mündung ins Kaspische Meer zu schaffen, um durch künstliche Bewässerung des ständig weiter nach Westen drängenden Wüstengebietes Katastrophen der Dürre, wie die von 1921, zu verhindern; der Frauenstreik als Solidaritätskundgebung für die durch Selbstmord geendete Geschlechtsgenossin gegen die Mißachtung der weiblichen Würde durch die Intellektuellen; der ernste und gründliche Wille der Arbeiter, sich in Wissenschaftskursen zur Beherrschung ihrer Aufgaben als Träger der gesellschaftlichen Produktion heranzubilden, und nach eigenem Gutachten die Vorschläge der Ingenieure selbständig zu prüfen, zu billigen, zu verbessern oder zu verwerfen, — der Eindruck, dies alles ist wahr, ist nach dem wirklichen Leben erzählt, ist nicht auf Bestellung und in ruhmrediger Gefälligkeit geschrieben worden, ist umso untrüglicher, als Pilnjak sich keineswegs bemüht, die von trüben Nebeln noch reichlich beeinträchtigte Morgenröte der Freiheit mit bengalischem Leuchtblendwerk verstärkt scheinen zu lassen. Ihm ist die Verquickung des sozialen Geschehens mit erotischen Intrigen und Verwicklungen oder mit den persönlichen Erlebnissen der unterschiedlichen Charaktere für seine dichterischen Absichten wichtiger als alle propagandistische Schönfärberei. Wenn dennoch die große Liebe des Dichters zu diesem sozialen Geschehen das Buch hell überstrahlt, so spricht das für das Geschehen und zugleich für den Dichter, dem in diesem Roman eine Figur gelungen ist, die alle Liebe zum revolutionären Rußland erklärt und alles Leid um die Mißhandlung des revolutionären Rußlands durch seine Machthaber und Bürokraten verkörpert: das ist der besoffene Vagabund Iwan Oshogow, der rein gebliebene Kommunist, einstmals, 1919, Arbeiterrat, der halbirr und doch mit den überwachen Augen des Hüters erhabener Vermächtnisse, als leibhaftiges Gewissen der Revolution das Stauwerk vor konterrevolutionärem Anschlag rettet und dann von den ersten Wogen des entschleußten neuen Stromes verschlungen wird.

Karl Radek teilt uns mit, daß Pilnjak wegen seiner Novelle „Mahagoni“, von der übrigens wesentliche Teile in ein Kapitel des gegenwärtigen Romans übernommen seien,

„öffentlich gestäubt“ wurde. „Pilnjak schildert in „Mahagoni“ ein Provinznest, ohne Industrie, ohne Arbeiter. Die paar einheimischen Kommunisten, die auf den Ruf des Oktobers aufgestanden sind, am Bürgerkriege teilgenommen haben, haben dann den Uebergang vom Bürgerkrieg zum friedlichen Aufbau nicht mitmachen können, denn die Schwierigkeiten des Aufbaus waren in den Provinznestern am größten. Umgeben von Kleinbürgertum verkamen sie, deklassierten sich, leben in Träumen von der kommunistischen Gesellschaft und im Suff. Die zugewanderten Beamten haben zum Teil Parteibillets, aber es sind Menschen, die nicht für den Kommunismus, sondern vom Kommunismus leben. Intrige, Cliquenwirtschaft, Mangel an Initiative, Unkultur.“ Bestreitet nun Radek, daß es sowas gibt? Im Gegenteil: „... so etwas gibt es in Rußland nicht bloß an einem Orte. Die Parteipresse schildert nicht nur solche, sondern zehnmal schlechtere Verhältnisse. Sie gibt doch Bilder von Korruption, Amtsmißbrauch, Veruntreuungen. Warum also soviel Entrüstung über die Beschreibung Pilnjaks? Weil er nichts anderes sah.“ An einer andern Stelle sagt Radek: „... Nun, unsere Presse bringt tagtäglich Enthüllungen über Korruption, Bürokratie, Verfälschung der Sowjetverfassung, Entartung von Sowjetinstitutionen, daß die weißgardistische und bürgerliche Weltpresse daran ihre helle Freude haben. Wir haben keine ‚Pressefreiheit‘, aber in keinem Lande der Welt ist es denkbar, daß die Presse der herrschenden Partei auch nur ein Drittel der Enthüllungen über Mißstände im eigenen Lande bringe, die die Sowjetpresse bringt.“

Halten wir uns nicht bei der Erwiderung auf, daß es ja außer in den faschistischen Ländern und Rußland sonst überall noch eine andere Presse als die der herrschenden Partei gibt. Ohne Frage aber hat Radek recht, wenn er eine Schilderung angreift, die nur die Schattenseiten des Gesehenen aufzeichnet und tendenziös verschweigt, was er vom Sonnenlicht beschienen hätte sehen müssen. Ich leugne nicht, daß mir der dritte Band der Rußlandbücher Istratis mit seiner furchtbaren Zusammenstellung solcher Presseäußerungen über Erbärmlichkeiten und Fäulniserscheinungen in Rußland wenig Eindruck gemacht hätte, wenn ich nicht auch die beiden andern Bände kennen würde. Denn man fragt sich doch: Verbreitet man die Greuel nicht, um sie abzustellen? Und steht etwa nur so Scheußliches und Niederdrückendes in den russischen Partei- und Gewerkschaftsblättern? Müßte man nicht auch die günstigen und erfreulichen Meldungen der

Zeitungen kennen, um vergleichen und urteilen zu können? Ebenso wäre das Material, das unser Genosse Lazarewitsch auf seiner wirksamen Versammlungsreise vortrug und das sich ebenfalls allein aus verbürgten, von der Sowjetpresse selbst mitgeteilten Tatsachen zusammensetzte, für mich nicht vollständig überzeugend gewesen, wenn ich die entsetzliche Häufung von krassen Beispielen des Revolutionsverrats nur registriert gelesen, nicht die Anklage dagegen mit meinen Ohren angehört hätte. Was Istratis und Lazarewitsch' Stimme die Beweiskraft gibt, das ist der Ton, in dem sie erklingt. Dieser Ton unterscheidet sie von den Stimmen der weißgardistischen, bürgerlichen, menschewistischen Ankläger, die sich der Entartung der russischen Revolution freuen und ihre endgültige Niederlage daraus erhoffen. Der Ton der Reden des anarchistischen Genossen Lazarewitsch dagegen und der Bücher Panait Istratis ist durchzittert vom empörten Gewissen des der Revolution leidenschaftlich ergebenen Kämpfers. Es ist die Stimme der Enttäuschten und Beleidigten und die klingt anders als die Stimme von Konterrevolutionären. Wie weit Radeks Beschuldigungen gegen Pilnjaks „Mahagoni“ berechtigt sind, ob es wahr ist, daß sie in eine bissige Verdammung der Dorfarmut mündet, dem der Mittelbauer, der es versteht, Großbauer zu werden, als Freund der Revolution entgegengestellt werde, wäre nur aus der Lektüre der Novelle festzustellen. Auf seine Anerkennung als maßgeblicher Wegweiser für das, was als revolutionär richtige Literatur zu qualifizieren ist und was nicht, kann der Mann nicht wohl Anspruch erheben, der zu dem prachtvollen Roman „Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“ diese Schulmeisterlei fertig bringt: „Pilnjak hat das, was im Dorfe vorgeht, nicht eingereicht in sein Bild des werdenden sozialistischen Rußlands, weil er den Standpunkt, von dem aus man das Bild allein entwerfen kann, noch nicht erstiegen hat. Er stieg aus dem Keller der Ziegelfabrik, in der die gestrandeten Kommunisten ihre Trauer um das Jahr 1919 versaufen, aber er bestieg nicht den Turm der bolschewistischen Theorie, von dem allein es möglich ist, weit, breit und tief das Land zu erfassen.“

Armer Radek! Wievielen Revolutionären hat er schon vom hohen Turm der bolschewistischen Theorie herunter bescheinigt, daß sie gestrandete Kommunisten seien! Wieviele Lenins, Trotzky's, Stalins, Bucharins haben nicht schon vom hohen Turm der bolschewistischen Theorie herunter Karl Radek bestätigt, daß er ein gestrandeter Kommunist

sei! Augenblicklich ist das gestrandete Wrack Radek in stalinistischer Auftakelung wieder auf See gelassen und kommentiert die Linie der bolschewistischen Theorie, bis sie mal wieder einen Bogen macht, bei dem er, zum zehnten Male, nach rechts oder links von dem Standpunkt herunterfällt, von dem allein er es möglich findet, das Land weit, breit und tief zu erfassen. Wir können jedenfalls in unserem heißen Bestreben, das russische Rätsel zu ergründen, das Rezept, im Kirchturm der bolschewistischen Theorie die Sprüche der gerade amtierenden Heiligen nachzubeten, nicht anwenden. Wir müssen versuchen, Tatsachen zu erkennen, unvoreingenommen zu beurteilen und aus ihnen Schlüsse zu ziehen. Dabei haben uns weder die Vorurteile derer zu kümmern, die sich durch die Staatspolitik der Leute im Kreml dazu verleiten lassen, die russische Revolution für besiegt und tot zu halten, noch die ekelhaften Tiraden der bolschewistischen Speichellecker westeuropäischer, speziell deutscher Beheimatung, die uns jedes Richtfest eines neuen Schornsteins im Unionsgebiet als die Krönung des Sozialismus offerieren.

Um sich über sachliche Tatsachen zu unterrichten, greife man zu Büchern, die sich bemühen, den Schwierigkeiten, die sich den revolutionären Absichten in Rußland riesenhaft entgegentürmen, gerecht zu werden und dabei volle Unabhängigkeit in der Beurteilung zu wahren. Ich habe schon früher auf Max Hodanns Buch „Sowjet-Union, gestern, heute, morgen“ hingewiesen (Universitas, Deutsche Verlags-A.G., Berlin 1931) und gelobt, daß es mit viel Liebe und ohne jede Liebedienerei geschrieben ist. Hodann weiß, daß ihm die eine Seite vorwerfen wird, er habe zu rosig gesehen, die andere, er habe die UdSSR. verunglimpft. „Zu Agitationszwecken habe ich nicht geschrieben. Aus diesem Grunde bin ich gegen Verschleierung.“ So ist ein Buch entstanden, das in ruhiger Klarheit rühmt, was dem Verfasser rühmend wert scheint, tadelt, was ihm mißfällt, ein sauberes, von anständiger Gesinnung diktiertes Buch, das sich im großen Ganzen mit Feststellungen begnügt und, soweit sie Grundsätzliches betreffen, kein eigenes Weltbild gegen das der Bolschewisten aufstellt. Eine vorzügliche Einteilung orientiert über Geschichte, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Erziehung, Werbung, Lebenshaltung der Arbeiter, Arbeitsprozeß, Bauernfragen, Fünfjahresplan, Kampf um die Gesundheit, Kampf gegen Kirche und Aberglauben, Kampf und Bedeutung der GPU. Zahlreiche Bildbeigaben veran-

anschaulichen den Text sehr wirkungsvoll. Hodann selbst sympathisiert stark mit dem revolutionären Willen in Rußland und ist auch recht geneigt, diesen Willen der Regierungsgewalt des Landes zuzuerkennen. Seine eigene Polemik richtet sich eigentlich nur gegen die Tendenzverlogenheit der europäischen Rußlandfahrer, besonders der Parteikommunisten. Wenn die bürgerlich-radikalen Intellektuellen in Deutschland, aus denen sich bei uns zumeist die Wortführerschaft der KPD. rekrutiert, in ihrem byzantinischen Paroxysmen zum Beispiel bestreiten, daß in Moskau lange Schlangen armer Menschen vor den Lebensmittelläden anstehen oder gar, daß die furchtbare Geißel der Massenverwahrlosung vagabundierender Kinder überhaupt vorhanden sei, so begegnet er solchen knechtischen Irreführungen mit einwandfreien Zahlen und überzeugenden Berichten, denen er durch Photographien unerschütterlichen Halt gibt. Das Hodannsche Werk kann jedem, der ein Bild vom wirklichen Geschehen in Rußland gewinnen will, nur empfohlen werden, obwohl manche wichtige Gegenstände, wie das Gefängniswesen, übergangen sind. Da Hodann jedoch nur von Dingen schreibt, in die er selbst Einblick erhalten hat, sind diese Art Mängel Beweise seiner Ehrlichkeit, die es vorzieht zu schweigen, statt Gehörtes als wahr weiterzutragen. Leider fehlt auch alles Material über die Verfolgung der revolutionären Oktoberkämpfer, aber offenbar ebenfalls nur, weil es dem Berichterstatter nicht zur Verfügung stand. Gegen die politische Geheimjustiz der GPU. im allgemeinen und gegen die Diffamierung etwa Trotzky's wendet er sich mit erfreulicher Freimütigkeit.

Unser Wissensdurst kann allerdings von den bestgesinn-ten Romandichtern und von den objektivsten Schilderern nicht gestillt werden, da das russische Rätsel für uns vorläufig immer noch in der ungelösten Frage offenbleibt: Ist das, was in der Sowjetunion geschieht, mag es in seinen Einzelheiten noch so erhaben oder noch so schändlich sein, Fortführung der Revolution in der Richtung zum Sozialismus oder erschöpft sich der gegenwärtige Stand der Dinge in der terroristischen Festigung der jacobinischen Staatsmacht, die sich im Namen Stalin charakterisiert? Ist der Wille zur Vollendung der sozialistischen Revolution bei den proletarischen und Bauernmassen noch lebendig oder verrichten die Werktätigen Rußlands ihre Arbeit ohne Hoffnung auf die nahe Befreiung durch den Sozialismus, seufzend unter dem Zwang verhaßter Staatsfron? Wir hören von Leuten, deren

Aufrichtigkeit für uns ganz außer Frage steht, daß die russischen Menschen, und je tiefer man ins Land kommt, umso stärker, trotz allem Aerger über bürokratische Schikanen und schlimmen Karrieristendruck, leuchtenden Auges ihr Werk betreiben und daß der Geist der Revolution heute noch Land und Volk verkläre. Von andern nicht minder glaubwürdigen Leuten erfahren wir, daß kein offenes Wort gesprochen werde, daß stumpfer Pessimismus und Angst über Städten und Dörfern laste. Es ist augenscheinlich, daß beide Arten des Reagierens auf die russischen Lebensumstände vorhanden sind und daß es mehr oder weniger auf Temperament, vorgefaßte Meinung und kritische Urteilskraft ankommt, teilweise wohl auch auf die Auswahl dessen, was man zu sehen bekommt, welcher Eindruck haften bleibt. Augenscheinlich ist eben so, daß die Fröhlichen in Rußland zugleich die Gläubigen sind, auf die die Regie erfolgreich eingewirkt hat, die darum auch erwünschte Arbeit haben und Funktionen ausüben, die Niedergedrückten aber die kritischen Geister, die sich Gedanken machen, ob denn das, was da vorgeht, in Wahrheit der Sinn der Revolution sei, und die darum wohl vielfach keine Funktionen bekleiden und auferlegte Arbeit widerwillig verrichten.

Die grundsätzliche Gegnerschaft zwischen der anarchistischen Auffassung über die revolutionäre Durchführung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse und der marxistischen ist oft dargestellt worden, soll auch in FANAL weiterhin in ruhigen Formen behandelt werden (vielleicht demnächst im Anschluß an das neue große Werk des Genossen J. Steinberg „Gewalt und Terror in der Revolution“ bei Ernst Rowohlt, Berlin 1931, auf das hier kurz hingewiesen sei; es befaßt sich ausführlich mit den sittlichen Weltanschauungsfragen der Revolution). Es soll auch auf eine Kritik des Fünfjahresplans verzichtet und nicht untersucht werden, ob seine Verwirklichung — sei es in vier, sei es in fünf oder in zehn Jahren — dem arbeitenden Volk Rußlands den erhofften Segen bringen oder nur den Staatskredit erhöhen wird. Wir könnten uns über dies alles sehr wohl sachlich mit den Bolschewiki unterhalten, ließen sie eine sachliche Unterhaltung zu, verlangten sie nicht blinde Bewunderung und widerspruchslose Anbetung ihrer theoretischen Aufstellungen. Wir bestreiten nicht, daß die Enteignung der Privatbesitzer von Produktionsmitteln und ausbeutendem Kapital, ebenso wie die Unterbindung der Spekulation durch die Monopolisierung des Außenhandels bedeutende Fortschritte ge-

genüber allen kapitalistischen Staaten sind; wir bestreiten nur, daß die Verstaatlichung von Unternehmungen schon ihre Sozialisierung sei. Wir bestreiten, daß bei Verzinlichkeit des Geldes und bei Aufrechterhaltung des Lohnsystems von Sozialismus gesprochen werden dürfe. Wir bestreiten vor allem, daß die marxistische These richtig sei, wonach der Aufbau des Sozialismus die Durchindustrialisierung eines Landes zur Voraussetzung habe. Landauer hat behauptet, der Sozialismus sei zu jeder Zeit und in jedem Lande durchführbar, wenn die Menschen ihn wollen. Aber angenommen, der Marxismus habe recht, und das Fünfjahresprogramm der Industrialisierung schüfe erst die Möglichkeit, Rußland sozialistisch zu machen, — bedeutet das etwa, es genüge, diese Möglichkeit für den Sozialismus herzustellen, damit nun die neue Ordnung der Gerechtigkeit und Gleichheit aus dem Staatskapitalismus herausspazieren würde wie Eva aus der Rippe des Adam?

„Sowjetmacht plus Elektrifizierung gleich Sozialismus!“, diesen trostlosen Unfug bietet man tatsächlich den Arbeitern, um sie für eine Idee zu begeistern! Nein, der Sozialismus hat weder etwas mit einer Sowjetmacht zu tun, wenn sie, wie in Moskau, als Staatsregierung jede Beweglichkeit des Gemeinschaftsgeistes lähmt und vergewaltigt, noch mit Elektrifizierung. Sonst brauchte nur die amerikanische Regierung das Bekenntnis zum Sowjetsystem abzulegen, elektrifiziert ist ja in den Vereinigten Staaten schon genug, — und dies Bekenntnis genügt, um die USA. sozialistisch zu machen. Sozialismus bedeutet mehr als ein Wirtschaftsprogramm, mehr auch als eine politische Systemänderung. Sozialismus ist ein geistig-seelischer Prozeß, der sich allerdings nur vollziehen kann, wo gerechte Wirtschaftsbeziehungen, nämlich Gleichheit der gesellschaftlichen Lebensbedingungen geschaffen sind. Sozialismus ist aber auch nur da möglich, wo sauberes Verhalten die öffentlichen Angelegenheiten bestimmt. Rußland untersteht einer Herrschaft, der sauberes Verhalten nicht zu ihren Obliegenheiten zu gehören scheint. Unter dieser Herrschaft kann das russische Volk — auch wenn es schon Volk ist und keine Klasse privilegierter Ausbeuter als Sklavhalter über sich sieht — nicht zum Sozialismus gelangen. Dabei hätte dieses idealistischste Volk der Welt, das sich stets leiten ließ von seinen ursprünglichen Gefühlen, mögen sie edel oder roh gewesen sein, alle Eigenschaften, die eine freie Gemeinschaft — das ist Sozialismus! — aus der eigenen Begeisterung bilden könnten.

Glaubt jemand, die Leute, die jetzt das üble Theater des Menschewistenprozesses inszeniert haben, die vor einem naiven Volk mit verteilten Rollen eine Schuldkomödie aufgeführt haben, der man die wochenlangen Proben zwischen Ankläger und zerknirschten Angeklagten von weitem anmerkte, — diese Leute hätten einen auch nur oberflächlichsten Begriff vom Sozialismus? Stümperhafte Macchiavellisten, die mit dem reinen Glauben ihrer von revolutionärem Verlangen heilig bewegten Bauern und Arbeiter Schindluder treiben? Inquisition und Sozialismus sind unvereinbare Dinge, auch wenn Beschuldigte und Richter einander wert sind. Hodann kommt dem Wesentlichen zur Lösung des russischen Rätsels schon einigermaßen nahe, wenn er sagt: „Man beachte, daß es sich um eine im großen Ganzen durchaus uneuropäische Ländermasse handelt, daß diesen Ländern eine bisher fast fremde Technik und fast fremde Vorstellungen eingepflanzt, um nicht zu sagen aufgepfropft werden, und daß diese Ideen des amerikanischen Wirtschaftsdenkens einerseits und der marxistischen Lehre andererseits auf Völker der verschiedensten Nationalität, Sprache und Kulturstufe treffen.“

So ist es. Die öde materialistische Lehre des Marxismus, die bei den nüchternen Deutschen dazu dienen konnte, der Passivität der Sozialisten die gelehrsame Motivierung zu geben, wird dem Volke, das ganz vom Gefühl aus denkt und handelt, als religiöser Katechismus angepriesen. Zugleich wird ihm die Mechanisierung und Industrialisierung der Arbeit und des Menschen selbst als Inhalt seines sozialistischen Sehnsens schmackhaft gemacht, und führt das System dann nicht einmal zu irgend fühlbaren Verbesserungen der Zustände, dann schleppt man geständige Saboteure heran oder erschießt Leute, die sich zur Vorführung nicht hergeben wollen, und läßt das betrogene Volk wieder einen Sieg des Sozialismus über die Konterrevolution feiern. Die russische Sphinx hat ein so geheimnisvolles und vieldeutiges Antlitz, weil ihr ein in europäischen Ateliers gemeißelter Kopf aufgesetzt ist, der nicht zum Leibe, erst recht nicht zur Seele gehört. Befreite sich die russische Revolution aus dem Schnürpanzer materialistischer, seelenloser, mechanistischer, westlicher Theorien und mithin der staatlichen, zentralistischen und bürokratischen Verwaltungsformen, fände sie zurück zur unverfälschten Räteidee und zum Glauben an den Kommunismus als Idee der Brüderlichkeit, dann wären alle ihre Wege frei zu Aufbau und Sozialismus.

Das Diktaturprogramm

Es ist Zeit, ein Dokument in Erinnerung zu bringen, das der deutschen Arbeiterschaft zeigt, wogegen eigentlich ihr Abwehrkampf sich zu wenden hat. Vor etwa fünf Jahren ließ die preußische Regierung plötzlich bei einer Reihe führender Nationalisten, darunter bei Claß, Hugenberg, Sodenstern, Kirddorf, ferner in den Räumen vieler nationalistischer Verbände haussuchen, und die Öffentlichkeit wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß man einen weit bemessenen Umsturzplan aufgedeckt habe, der die Errichtung der faschistischen Diktatur unmittelbar herbeiführen sollte. Eine Regierung mit dem Lübecker Bürgermeister Neumann als Reichskanzler, Dr. Hugenberg als Finanzminister, General von Möhl als Wehrminister und verwandten Geistern in allen Aemtern sei vorgesehen gewesen, und die Regierung habe sich zunächst veranlaßt gesehen, die Wehrverbände „Wiking“ und „Olympia“ aufzulösen und gegen alle Beteiligten beim Reichsgericht die Einleitung eines Hochverratverfahrens zu beantragen.

Das Reichsgericht stellte das eingeleitete Verfahren gegen die Putschisten alsbald mit der Begründung ein, der vorgefundene Plan sei nur als Anregung für den Reichspräsidenten gedacht gewesen, wie er gegebenen Falls den Artikel 48 der Reichsverfassung handhaben könne. Die Auflösung der als „Sportverbände“ deklarierten Putschorganisationen wurde von demselben Reichsgericht für gesetzlich unzulässig erklärt. Dagegen ließ der Oberreichsanwalt Werner den Elberfelder Assessor Dietz unter dem Verdacht des Landesverrats verhaften. Der war es nämlich, der der preußischen Regierung die Unterlagen für den Umsturzplan besorgt hatte.

Die Stunde zur Durchführung der Hitler-Hugenbergschen Absichten ist nahe gerückt. Die Reichsjustiz und die gesamte öffentliche Verwaltung ist nicht gewillt oder nicht fähig, die Proklamierung des dritten Reichs zu verhindern. Vielleicht begreifen die Arbeiter leichter, was sie als einzige Kraft, die die Gefahr bannen kann, zu tun haben, wenn sie das nationalistische Programm, das der preußische Ministerialdirektor Dr. Abegg im Frühjahr 1926 veröffentlichte, ihrem Gedächtnis einprägen. Hier ist es:

§ 1. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (RGB. S. 1383) und die nach dem 9. November 1918 erlassenen Verfassungen der Länder und aller kommunalen Verbände sind aufgehoben.

§ 2. Der Inbegriff der Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreckung sowie die oberste Befehlsgewalt ist auf den Reichsverweser übergegangen, der sie nach Bedarf an nur ihm verantwortliche Amtsinhaber überträgt.

§ 3. Alle auf Grund der in § 1 genannten Verfassungen gewählten parlamentarischen Körperschaften in Reich und Ländern einschließ-

lich aller auf Wahlen beruhenden Vertretungskörperschaften in Provinzen, Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden sind aufgelöst. — Wer an einer hiernach aufgelösten Körperschaft weiterhin teilnimmt und wer zur Teilnahme auffordert, wird mit dem Tode bestraft.

§ 4. Alle Amtsinhaber der Reichs-, Staats- und Selbstverwaltungen, die ihre Berufung, Anstellung oder Beförderung ausschließlich einer Parteizugehörigkeit verdanken, sind entlassen. Im übrigen sind unzuverlässige und unfähige Beamte nach Ermessen des Reichs- und Landesverwesers zu entfernen. In den vorgenannten Fällen ist jeder Rechtsanspruch aufgehoben. — Die weitere Vornahme von Amtshandlungen seitens der hiernach Entlassenen wird mit dem Tode bestraft. Dieselbe Strafe trifft diejenigen, die in Kenntnis des Tatbestandes der Entlassung Anordnungen auf Grund solcher Amtshandlungen ausführen oder befolgen. — Fällt durch die hier angeordnete Entlassung der Vorstand einer Behörde oder der Leiter einer Geschäftsabteilung einer Behörde aus, so übernimmt bis zur endgültigen Regelung der dienstälteste Beamte die Geschäfte. Amtsverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 5. Bis zum Erlassen einer Verfassung treten an die Spitze der Regierung in den Ländern die vom Reichsverweser ernannten und nur ihm verantwortlichen Landesverweser, denen ein Reichsverweser hierdurch bis auf weiteres die volle Staatsgewalt für den Bereich der Staatsverwaltung überträgt. — In derselben Weise treten an die Spitzen der Provinzen, Bezirke, Kreise, Gemeinden und Gemeindeverbände Amtsverweser, die vom Reichs- oder Landesverweser ernannt werden. Sobald eine solche Ernennung nicht bereits erfolgt ist, üben die bisherigen leitenden Amtspersonen oder die nach § 4 Abs. 3 an ihre Stelle Treten den diese Amtsverwesung aus. — Diese Amtsverweser sind als Inhaber der örtlichen Befehlsgewalt bis auf weiteres berechtigt, unter Beobachtung der in dieser Verordnung enthaltenen Grundsätze selbständig Anordnungen jeder Art, auch Strafandrohungen, je nach örtlichen Bedürfnissen, zu erlassen.

§ 5. An Stelle der nach § 3 Abs. 1 aufgelösten parlamentarischen und sonstigen Vertretungskörperschaften treten Beratungskörper, die von den Landesverwesern und den Amtsverwesern nach ihrem freien Ermessen ohne Rücksicht auf lokale oder private Interessen lediglich nach Verdienst und Würdigkeit aus den fähigsten und charaktvollsten Männern ihres Zuständigkeitsbereichs zu ernennen und zu berufen sind. Diese Räte sollen je nach Bedürfnis aus nicht weniger als drei und nicht mehr als 50 Personen bestehen. Unbegründete Amtsverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 7. Den Landesverwesern und Amtsvorstehern steht bis auf weiteres das Recht zu, innerhalb ihres Amtsbereichs den öffentlichen Bedarf, insbesondere an Geld, Nahrungsmitteln, Betriebsstoffen, Bekleidung und Verkehrsmitteln durch Umlagen nach ihrem freien Ermessen auszusprechen und mit öffentlichen Zwangsmitteln beizutreiben. Regelung des Ersatzes bleibt vorbehalten.

§ 8. Im Interesse des Allgemeinwohls wird die öffentliche Arbeitsdienstpflicht und die öffentliche Hilfspolizeidienstpflicht angeordnet.

Jeder Deutsche männlichen oder weiblichen Geschlechts vom 16. bis zum 30. Lebensjahr ist zum öffentlichen Arbeitsdienst, jeder Deutsche männlichen Geschlechts vom 18. bis zum 45. Lebensjahr ist zum öffentlichen Hilfspolizeidienst verpflichtet. — Das zur Durchführung der öffentlichen Dienstpflicht Erforderliche verordnen die Landes- und Amtsverweser. Insbesondere sind sofort Stammrollen unter Feststellung der derzeitigen Beschäftigung aufzustellen. — Die Aushebung zum öffentlichen Dienst ist unabhängig von der Fertigstellung der Stammrollen und geschieht bis auf weiteres nach freiem Ermessen der Amtsverweser je nach dem örtlichen Bedürfnis. — Die Aushebung zum Hilfspolizeidienst hat sofort zu erfolgen, und zwar derart, daß jedem Amtsverweser innerhalb kürzester Frist ein die Ordnung und Ruhe des Bezirks sichernder Dienst zur Verfügung steht. Unbegründete Dienstpflichtverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 9. Ueber das gesamte Reichsgebiet wird der Belagerungszustand verhängt, auf dessen Durchführung die Bestimmungen des Preußischen Gesetzbuches vom 1. Juni 1851 (GS. 1851 S. 451 ff.) sinngemäß Anwendung finden. Für Bayern wird der Kriegszustand erklärt. Außer den in diesem Gesetz verfügten Beschränkungen sind bis auf weiteres Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkung des Eigentums außerhalb der gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 10. Bis zum Erlasse besonderer Verordnungen ist den Landes- und Amtsverwesern die Ausführung des Belagerungszustandes übertragen. — Die Amtsverweser haben insbesondere die zur Durchführung des Belagerungszustandes und zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Standgerichte sofort zu bestellen. Standgerichte sind nach dem freien Ermessen der Landes- und Amtsverweser in der erforderlichen Anzahl einzurichten. — Jedes Standgericht besteht aus drei unbescholtenen Personen männlichen Geschlechts, die über 30 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein aktiver oder in Ehren verabschiedeter Offizier oder eine rechtskundige Person. Der Angeschuldigte hat das Recht, einen Beistand zu verlangen. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach Ergreifung des Angeschuldigten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe oder Freisprechung lauten. Rechtsmittel finden nicht statt. Es ist durch Erschießen, im Falle ehrloser Gesinnung durch Erhängen zu vollstrecken.

§ 11. Bis auf weiteres ist die Pressefreiheit aufgehoben. Zeitungsunternehmungen und Unternehmungen von Druckereierzeugnissen jeder Art, von denen nach ihrer bisherigen Betätigung anzunehmen ist, daß sie der Neuordnung der Dinge entgegengetreten, sind sofort zu schließen. Ihre Einrichtungen sind im Interesse der Allgemeinheit zu beschlagnahmen. — Für die durch diese Bestimmung nicht betroffenen Zeitungen, Zeitschriften und Verlagsanstalten wird bis auf weiteres verordnet, daß jede der Regierung und ihren Maßnahmen abträgliche Aeüßerung neben der Bestrafung der verantwortlichen Personen mit endschädigungsloser Enteignung des Verlages geahndet werden wird.

§ 12. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle Parteien und alle politischen Vereine, auch solche, die hinter andern Zwecken politische verbergen, sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt. — Alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt.

§ 13. Jede Aussperrung seitens des Arbeitgebers und jede Einstellung der Arbeitnehmer wird mit dem Tode bestraft. — Wer Arbeitgeber oder Arbeitnehmer mündlich, schriftlich oder durch Handlungen sonstiger Art zu Aussperrungen oder Arbeitseinstellung auffordert, wird mit dem Tode bestraft. — Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlagnahmt. — Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen offenkundiger oder nachweislicher Wucherer und Schieber ist beschlagnahmt. ...

§ 15. Wer Vermögen oder Vermögensanteile, die nach dieser Verordnung zu Gunsten der Allgemeinheit beschlagnahmt sind, zu verheimlichen, zu verbergen, zu verschieben oder sonstwie beiseite zu bringen und der Beschlagnahme zu entziehen sucht und wer hierzu Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft. ...

§ 21. Alle bisherigen Preisvereinbarungen und Preisverabredungen sind bis auf weiteres verboten. ...

§ 23. Sämtliche Waffenhandlungen sind zu schließen und stehen zur Verfügung der öffentlichen Gewalt. Unbefugter Waffenbesitz wird mit dem Tode bestraft. ...

§ 25. Außer den in dieser Verordnung genannten Vergehen werden mit dem Tode bestraft: 1. alle Verbrechen und Vergehen gegen die Person des Reichsverwesers und der Mitglieder der von diesem ernannten Reichsregierung, der Landesverweser und der Mitglieder der von diesen ernannten Landesregierungen sowie der Amtsverweser; 2. alle Unternehmungen, welche auf Verhinderung, Umsturz oder gewaltsame Aenderung der neuen Staatsordnung gerichtet sind; 3. Landesverrat und Hochverrat; 4. Diebstahl (§§ 242 ff., § 258 Abs. 2 St.G.B.); 5. alle Fälle des Wuchers (§ 302 St.G.B.); 6. Beamtenbestechung (§§ 350 ff. St.G.B.). Teilnahme, Versuch oder Begünstigung werden wie Täterschaft bestraft. — Alle mit dem Tode bedrohten Verbrechen und Vergehen werden standgerichtlich abgeurteilt (vgl. § 10). — In jedem Falle der Verurteilung zur Todesstrafe erfolgt Einziehung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens des Verurteilten zur Reichskasse. ... — Amnestien und Verjährung sind wirkungslos, frühere Verurteilungen sind aufgehoben. ...

§ 27. Wer vom Reichsverweser in Reichsacht getan wird, genießt in Deutschland keinen Rechtsschutz. Wer in Reichsacht Erklärten Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft.

§ 28. Alle mit der Durchführung von Ruhe und Sicherheit beauftragten Personen, Beamten, Angestellten und zugezogenen Hilfskräfte sind berechtigt und verpflichtet, jedem Widerstand gegenüber von der Waffe Gebrauch zu machen.

§ 29. Im übrigen bleiben die bisherigen Gesetze in Kraft, soweit sie nicht dieser Verordnung und den nachfolgenden Erlassen widersprechen oder aufgehoben werden. — Die Träger der Staatsgewalt, Reichsverweser und Landesverweser, können alle Akte der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die seit dem Novemberverbrechen des Jahres 1918 ergangen sind, nachprüfen und abändern. — Sie sind durch die Rechtskraft von Entscheidungen nicht gebunden.

§ 30. Diese Verordnung tritt unter dem heutigen Tage mit ihrer Verkündung in Kraft.

Nachdruck dringend erwünscht! Größte Verbreitung erforderlich und unaufschiebbar! Der Tag des Inkrafttretens dieser, von der Republik straffrei erklärten Niederträchtigkeit steht bevor!

Arbeiter, es geht ums Leben!

Kulturfaschismus

Das in diesem Heft wieder ans Licht gezogene Aktionsprogramm der deutschen Faschisten, entworfen 1923 von dem beim Hitlerputsch in München gefallenem (angeblich, als die Schüsse krachten, vor Schreck gestorbenen) Oberregierungsrat beim bayrischen Justizministerium von der Pfordten, veröffentlicht 1926 vom Preußischen Innenministerium, ist ohne Zweifel noch heute in allen wesentlichen Teilen für die Erneuerer deutscher Sitte und deutschen Wesens maßgeblich. Die Arbeiter brauchen sich bloß zu vergegenwärtigen, daß Arbeitseinstellung und Aufforderung dazu mit dem Tode bedroht wird (§ 13), und daß Begünstigung wie Täterschaft bestraft wird (§ 25), so erkennen sie wohl, was los ist. Wer einem Menschen ein Stück Brot gibt, der zu verstehen gegeben hat, ein Streik könne helfen, wird, wie dieser Sünder selbst und wie alle, die seinen Rat befolgen, erschossen. Es sei wiederholt, daß das Reichsgericht, dessen Entscheidungen Gesetzeskraft haben, die Verfolgung der auf dieses Programm in Geheimbünden verpflichteten Nationalisten abgelehnt und ausdrücklich erklärt hat, solche Terrorbestimmungen hätten keine ungesetzliche Tendenz, seien nur Vorschläge an den Reichspräsidenten, in welchen Formen er mittels der bestehenden Verfassung eben diese Verfassung abschaffen und die Diktatur einfach auf Grund des Artikels 48 zum Dauerzustand machen könne. Das Reichsgericht hat somit entschieden, daß der Verwirklichung der Claß-Hugenbergschen Pläne die rechtsgültigen Gesetze der demokratischen Republik nicht entgegenstehen. Wer also den staatlichen Einrichtungen zutraut, sie würden in Deutschland die faschistische Umgestaltung abwehren, wird sich täuschen. Sie sind im Gegenteil alle nur am Werk, auf den vielseitigen Wegen der Demokratie einen Zustand bereits jetzt herzustellen, der den Hakenkreuzlern und Stahlhelmen die Mühe abnimmt, noch etwas umgestalten zu müssen. Die Republik wirft ihnen das faschistische Rechts-

Macht- und Kulturgebilde fertig in den Schoß, sodaß sie nur noch gewisse Amtsbezeichnungen auszuwechseln brauchen und den organisierten Massenmord, unbeeinträchtigt von verschwörerischer Heimlichkeit, zur Tagespraxis des öffentlichen Rechtes erheben können.

Die republikanische Justiz ist, wie an dieser Stelle wieder und wieder behauptet und belegt wurde, nie darum besorgt gewesen, ihre politische Parteilichkeit zu Gunsten des Faschismus auch nur zu verhüllen. Die sozialdemokratischen „Novemberverbrecher“ (nicht die entthronten Mächte, sondern die Proletarier sind die Opfer ihres Verbrechens) haben ja 1918-19 die monarchistischen Richter einfach im Amt gelassen, haben ihnen nicht einmal neue Gesetze zu judifizieren gegeben. Da sie ihre Herkunft nicht zu verleugnen brauchten, handelten die Richter nach dem Wort des ausgezeichneten französischen Menschenkenners Jules Michelet, der geschrieben hat: „Gebt mir die richterliche Gewalt, dann hütet wohl eure Gesetze und Verordnungen, diese ganze papierne Welt; ich mache mich anheischig, das eueren Gesetzen widersprechendste System zum Triumph zu bringen.“ Indem sie aber das faschistische System zum Triumph brachten, sorgten sie zugleich durch Urteile, die offene Verhöhnungen der Gesetze waren, die sie betreuen sollten, für empfehlende Personalakten, mit denen sie in Hitlers Reich zur weiteren Betätigung ihrer faschistischen Parteijustiz sofort legitimiert sind. Das Hohenzollernreich machte die Richter unabsetzbar, weil ihnen dadurch das Gefühl der Unabhängigkeit gestärkt wurde und an ihrer konservativen Gesinnung ohnehin keinerlei Zweifel möglich war; die Republik ließ sie unabsetzbar, weil die Nulpen, die die Staatsmacht in die Hände bekamen, aus lauter Bedientenangst nicht wagten, irgend ein Kleinod der plötzlich ererbten herrschaftlichen Utensilien aus dem plüschgepolsterten Etui zu nehmen. Die Faschisten werden die Unabsetzbarkeit bestätigen, weil sie ihr Prinzip zynischer Ungerechtigkeit wahrhaftig bei den deutschen Richtern der demokratischen Republik in gründlicher Erprobung gewahrt wissen.

Die Justiz ist also kein Bollwerk gegen das dritte Reich. Nun, dann haben wir ja gottlob die Polizei, von der jeder weiß — und wer es nicht weiß, dem bestätigt es Severing alle Tage —, daß sie eisern entschlossen ist, die Republik und alle ihre schwarzrotgoldige Freiheit zu beschützen. Eben hat sich gezeigt, was es mit der republikanischen Polizei selbst da auf sich hat, wo seit Jahr und Tag ein sozialdemokratischer Chef die Gesinnungsgüte der Gummiknutenschwinger überwacht. In Hamburg schießt ein Polizeiwachtmeister bei einem Verhör seinen Vorgesetzten schlankweg über den Haufen, um dadurch dem erwachenden Deutschland die Schmach zu demonstrieren, daß ein pensionsberechtigter Ordnungshüter der Republik einem Juden soll Rede und Antwort stehn müssen. Am Tage darauf überfallen in demselben Hamburg drei erwachende Teutonen einen Autobus und ermorden vor den Augen der übrigen Fahrgäste den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning. Es stellt sich heraus, daß die treibende Kraft des Meucheltrios bis vor kurzem Oberwachtmeister der Hamburger Schutzpolizei war. Man ist versucht, an der rein republikanischen und verfassungstreuen

Gesinnung der dem Sozialdemokraten Schönfelder unterstellten Polizei leise Zweifel zu hegen. Aber da ist doch der Senator Adolf Schönfelder selber, der im Ernstfall die Schupo zu kommandieren hat. Stimmt. Dessen erste Tat nach den Bluttaten war, daß er nicht bloß die Nazipresse verbot, sondern zugleich auch die kommunistische. Wer daran zweifelt, daß die Repressalien gegen die Hitlerleute von kurzer, die gegen die Kommunisten von langer Dauer sein werden, der hat unsre zwölfjährige Republik sozialdemokratischer Observanz bis jetzt verschlafen. Die Polizei hat gar keine Zeit zur Bekämpfung faschistischer Diktaturgelüste. Sie hat mit der Verprügelung und gelegentlichen Erschießung hungernder Arbeitsloser alle Hände voll zu tun und hilft damit die Politik sichern, aus der der Faschismus hervorwächst. Das ist die Politik, die bei fünf Millionen aus dem Produktionsprozeß Entfernten den Brotpreis künstlich hoch hält, indem die faschistischen Grundbesitzer Ostelbiens ungeheure Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten, um die reiche Ernte vorkommen zu lassen und für ihren Weizen das zweieinhalbfache des Weltmarktpreises fordern zu können. Für die Verzweifelten aber, die infolge solcher Praktiken das Brot bargeldlos aus den Läden nehmen, hat man ja Zuchthäuser, und im schwarzrotgoldenen wie im faschistischen Sprachgebrauch heißen sie die Plünderer, — nicht die Agrarier, Börseaner und Industriellen, die im Bunde mit den Gewerkschaften die Hungerlöhne der Proletarier immer tiefer senken und ihnen dafür noch Kopfsteuern auspressen. Die Polizei aber treibt der Justiz die Opfer in den Rachen; der linke Sozialdemokrat Fleißner in Leipzig ist nicht minder bestrebt, sich dem Faschismus gefällig zu erweisen als der rechte Sozialdemokrat Grzesinski in Berlin. Hebt man wirklich mal, wo es schon garnicht anders geht, ein Waffenlager der Nazi aus, so hat man dabei von polizeilichem Uebereifer noch nie etwas bemerkt, und Prozesse folgen derlei peinlichen Pflichterfüllungen gewiß nicht. Gelingt es aber Kommunisten einmal, aus einer Reichswehrkaserne Waffen in ihre Hand zu bekommen, die für die Faschisten bestimmt waren, dann spielt sich die republikanische Polizei als Retterin des Vaterlandes auf und die republikanische Justiz verhängt endlose Zuchthausstrafen. Oder: Grzesinski sperrt sämtliche Straßen und Plätze Berlins für Demonstrationen jeder Art, solange Kommunisten sie beanspruchen, läßt auch seine Prügelgarde dazwischenschlagen, wenn die Arbeiter einen von Faschisten ermordeten Genossen zu Grabe geleiten; aber an dem Sonntag, wo der Stahlhelm mit Hohenzollernprinzen und Hitlerjüngern faschistische Bekenntnisse ablegen will, wird der Lustgarten bereitwillig geöffnet.

Doch, wenn auch Justiz und Polizei demnach die Sicherheit dagegen nicht verbürgen, daß wir eines Tages in Reichsacht erklärt werden und von jedem Tetzner oder Safran wie ein räudiger Hund abgemurkst werden dürfen, ein starker Wall ist dennoch errichtet, um die Flut des Faschismus nicht unsre blühende republikanische Kultur vernichten zu lassen: das ist die christliche Kirche in ihrer allerbarmherdigen Milde, Güte und Demut. Die katholischen Zeitungen bringen fast täglich neue Erklärungen der Bischöfe und des übrigen hohen Klerus, die die Lehre des Katholizismus verteidigen gegen das Eindringen nationalsozi-

alistischer Ideen. Heiß ist der Kampf entbrannt zwischen Zentrum und Hakenkreuz, — und das ist ja wahr: der triumphierende Sieger des Weltkriegs und der Revolution war niemand anders als der Papst mit den Seinen. Gegen den Willen der katholischen Kirche, daran besteht kein Zweifel, kann der Faschismus bei uns nicht landen. Er wird nicht gegen ihren Willen landen, sondern mit ihrer Hilfe! So wie das erste Beispiel faschistischer Roheitsdespotie, das Deutschland erlebt hat, die bayrische Kahr-Infamie, von den Klerikalen organisiert und gestützt war, so besteht die ganze Politik der Klerikalen Brüning und Wirth auch jetzt in nichts anderm, als dem Faschismus das Feld zu pflügen. Die Dutzende von Todesandrohungen, die die Faschisten in ihrem Diktaturprogramm loslassen, werden für die Kirchlichen gewiß kein Grund sein, ihnen den Weg zur Macht zu verlegen. In München 1919 war man gegen die Spartakisten auch nicht sentimental, und das katholische Priesterseminar, das Georgianum, war gastfrei einem Feldgericht preußischer Weißgardisten zur Verfügung gestellt; das ließ in dem Hofe katholischer Frömmigkeit junge Arbeiter fusillieren, daß der Pulverdampf den Weihrauch überqualmte.

Papst Pius XI. hat nach dem Aufruf an die Menschheit zum Kreuzzug gegen den „Kulturbolschewismus“ in Rußland (einer etwas plötzlich erwachten Liebe zu den griechischen Orthodoxen, die vom Vatikan wahrhaftig ärgeren Schimpf und blutigere Unterjochung zu erfahren hatten als vom Kreml) am 31. Dezember die Welt mit einer Enzyklika erfreut, die einem deutlich machte, auf welchen Höhen des Fortschritts wir eigentlich halten. Der Geist finsterner Pfaffentyrannis fuhr auf uns nieder. Kein Funke sozialer Einsicht, kein Hauch geschichtlichen Denkens, keine Spur des Begreifens einer seelischen Wandlung. Die Frauen werden gezwungen, für ihr Brot hart zu arbeiten und die Päpstlichen in allen Ländern gehören wahrlich nicht zu denen, die ihnen das Leben zu erleichtern suchen. Ihnen darum aber das Recht zuzuerkennen, über ihr Leben und ihren Wandel das eigene Gewissen entscheiden zu lassen, das kommt dem Papst nicht in den Sinn. Die zelotischste Sexualmoral wird da in ältesten Gefäßen neu serviert, Ehegesetze aus dem Staub verschütteter Sklavengewölbe vorgezerrt, die den Körper und die Seele lebendiger Menschen zu einem Zweckmechanismus erniedrigen. Die Verfügung der Frauen über den eigenen Leib wird mit besonders heiligem Zorn verdammt. Wir spüren: die Kirche erhebt die Faust, weil sie den Boden schwanken fühlt, auf dem sie steht, den Boden gedanken- und willentötender Autorität. Und wir erkennen, daß sie zur Wahrung der Autorität gegen den Geist ringender Freiheit dieselben Prinzipien bemüht, mit denen der Faschismus die Geister unter seine Faust zwingen will: das reine Magdum der Frau, die sexuelle Knechtschaft der sanktionierten Ehe, den Gebärzwang.

Die deutsche Politik, geleitet von Päpstlichen, trägt der Verkündigung der Enzyklika begierig Rechnung. Wirth und Severing berufen sämtliche Polizeiminister des Reiches zusammen, um den Frechheiten der Freidenker zu steuern. Angriffe der Kirche gegen die Gottlosen sind selbstverständlich in jeder Form statthaft. Ausstellungen, die die fromme Heuchelei, den kirchlichen Aberglauben, die Doppelzüngigkeit der Pfaf-

fen zum Gegenstand haben, werden in Berlin und Leipzig von den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten geschlossen. Für die Charwoche werden den Ungläubigen alle Lustbarkeiten verboten. Wollten wir verlangen, den Tag der Verbrennung Giordano Brunos um der gleichberechtigten Freidenker willen zum allgemeinen Trauertag zu erklären, wir kämen wahrscheinlich ins Narrenhaus. Die republikanische Filmzensur, an und für sich eine Gefälligkeit der Noskerepublik gegen die Pfaffen, macht aus devoter Würdelosigkeit des Staates vor der Kirche die albernsten Streiche, wobei die kirchliche Moral zumeist den Vorwand gibt, der faschistischen Schikane Gefälligkeiten zu erweisen. Endlich wird, um die Willfähigkeit gegenüber dem Kulturfaschismus in demonstrativer Herausforderung der Arbeiter und jedes menschlich denkenden Zeitgenossen zu beweisen, die nichtswürdige Schändlichkeit der Stuttgarter Abtreibungsverfolgung in Szene gesetzt. Der päpstliche Ukas erhebt die Sklaverei der Frau und die Erbarmungslosigkeit des Gebärzwanges zum allgemeinen sittlichen Gebot ohne Rücksicht auf soziale Verhältnisse, auf Hygiene, auf das Recht des Menschen über sich selbst. Infolgedessen setzt man eines Tages den ausgezeichneten Kämpfer gegen die Gemeinheit des § 218 Dr. Friedrich Wolf ins Gefängnis, mit ihm die Stuttgarter Aerztin Dr. Jacobowitz-Kienle, angeblich weil sie Frauen in ihrer Not geholfen haben. Aber die Herrschaften wissen gut, daß das zehntausende von Aerzten tun, — in Wahrheit, weil Dr. Wolf als Politiker und als Dichter die kulturelle Unsittlichkeit des ekelhaften Paragraphen blossstellt und weil Frau Dr. Kienle selbstlos und ohne Entgelt die Stuttgarter Beratungsstelle für Geburtenregelung und Sexualhygiene leitete.

Das ist gut so. Faschismus und Pfaffismus haben sich hier gefunden, wie sie in Wirklichkeit zusammengehören. Der Kampf, den Dr. Wolf und Frau Dr. Kienle auf ihre Schultern genommen haben, muß durchgekämpft werden. Alle Leidenden und Geknechteten müssen ihn aufnehmen als ihren eigenen Kampf. Sie haben die Gesetzesverletzung der beiden Aerzte nicht etwa zu entschuldigen, sie haben sie ausdrücklich zu billigen und ihnen zu sagen: Ihr habt recht gehandelt! Wir danken euch, daß ihr Mütter davor bewahrtet, Kindern das Leben geben zu müssen, denen sie nicht auch die Freude am Leben geben können! Der Fall Wolf-Kienle muß den Arbeitern endlich die Augen darüber öffnen, daß Pfaffentum und Faschismus, Demokratie, Staatsjustiz und Kapitalismus alles nur verschiedene Formen desselben Prinzips sind. Sie alle wollen Frauen zwingen, wider ihren Willen Kinder zu gebären, auch wenn sie zeitlebens zu Hunger und Siechtum verurteilt werden, auch wenn sie ohne Liebe, ja, unter Zwang empfangen sind. Sie brauchen diese Kinder als Sklaven des Kapitals, als Kanonenfutter und als Bazillenträger gläubiger Dummheit. Der Kulturfaschismus hat die Arbeiter herausgefordert. Der Kampf muß angenommen und ausgetragen werden. Soll er gewonnen werden, dann müssen die Proletarier sich losmachen vom Respekt vor Staat, Obrigkeit und Gesetzlichkeit. Die Autorität in ihren widerlichsten Formen ist zu besiegen, die in der Kutte, die im Stahlhelm und die im Talar. Es ist Zeit, daß die revolutionären Kräfte sich zusammenfinden zur Abwehr der Knechtschaft, zur Er kämpfung der Freiheit!

Von welschen Ketten mach uns frei!

Wir haben wieder einen Nationalhelden, das ist unser Reichsaußenminister Herr Dr. Curtius. Das Wirtschaftsabkommen mit Oesterreich leitet, wenn wir unseren Patrioten links der Nazi und rechts der Kommunisten glauben dürfen und wie von den Patrioten der weiland Entente fluchend und händeringend bestätigt wird, eine neue Epoche der Menschheit ein. Mitteleuropa befreit sich! Die Zollgrenzen fallen! Wir wieder mal vorneweg mit dem guten Beispiel! Deutsches Reich und Oesterreich up ewig ungedeeht! Wie York von Wartenburg 1812 in Tauroggen den Tilsiter Frieden zerriß, Preußen zu erlösen aus welschem Druck, so hat Dr. Curtius in Wien mit kühner Entschlossenheit — — Entschuldigen Sie, der Vergleich stimmt nicht ganz. Wir haben es hier mit Roggen zu tun, nicht mit Tauroggen.

Müller vom Parteivorstand

Sohn eines Fabrikdirektors in Mannheim, trat der junge Herr Müller als Lehrling in ein kaufmännisches Geschäft, als Commis in die sozialdemokratische Partei ein. Und dies war fortan sein Beruf. Vom 23. Lebensjahre an war er Parteiangestellter, mit 30 Jahren gelangte er, dank fleißiger Pflichttreue, zuverlässiger Brauchbarkeit im Befahren alter Gleise und regem Eifer in der Propagandaabteilung, in den Parteivorstand. Seither hieß er sachlich und unpersönlich Müller vom Parteivorstand, und diese Bezeichnung, die innerhalb und außerhalb der Partei für ihn in Geltung blieb, bis die Parteimänner Staatsmänner wurden, unterschied ihn von den meisten andern Trägern des Namens Müller. Sein Wirken als Exponent seiner Partei im Staatsgeschäft ist durch den augenblicklichen Stand der von ihm in starkem Maße mit herbeigeführten politischen Zustände qualifiziert. Man treibt Realpolitik, worunter die Kunst verstanden wird, unter allen Umständen und selbst auf Kosten sämtlicher von jeher beschworenen Grundsätze eine Regierungsmehrheit im Parlament herzustellen. Wenn Wels die schweigende Zustimmung der Sozialdemokratie zum Bau des Panzerkreuzers „B“ damit begründete, daß ohne den Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag ja doch eine Mehrheit dafür vorhanden wäre, das deutsche Volk somit in seiner Majorität das Schiff wolle, so war das Müllersche Staatskunst in Reinkultur. Die Unterstützung der Brüningregierung um jeden Preis, will sagen ohne jeden Preis, geschieht, um das Land vor der Diktatur zu bewahren. Dabei regiert Brüning mit dem Artikel 48, verhängt diktatorisch die fürchterlichste Not über die deutschen Arbeiter und gönnt den Müllerschen auch nicht den letzten Rest klassenmäßigen Verhaltens. Wenn nur das Parlament mitreden kann! Aber das redet auch nur noch insoweit mit als es Brüning, Schiele und Treviranus ermächtigt, nach freiem Ermessen zu handeln. Otto Braun und Severing dürfen in Preußen noch mitregieren, solange das Zentrum sie toleriert, und das Zentrum toleriert sie solange, wie die Sozialdemokraten in Reich und Ländern den Papstfaschismus tolerieren. Diese Toleranz auf Gegenseitigkeit ohne Toleranz gegen die Arbeiter, die mit dem Bekenntnis zum Sozialismus einen kämpferischen

Sinn verbinden, das war die Führergabe, die seine Parteifreunde jetzt dem toten Müller vom Parteivorstand als ewigen Ruhm bestätigen. Hermann Müller war sicherlich kein persönlich schlechter Kerl. Vorwürfe barmaterieller Art wie seinem Vorgänger in der Kanzlerschaft Bauer konnte ihm kein ehrlicher Gegner machen. Er war ein trockener Geschäftsführer der Aemter, die ihm vertraut wurden. In die Geschichte wird er nicht eingehen als Leuchte des neuen Deutschlands, sondern bescheiden als Müller vom Parteivorstand, und zur Unterscheidung von Goethes Weimarer Freund wird die Nachwelt von ihm nicht sagen: Das war der Kanzler Müller, sondern das war der Kanzlist Müller.

Rot Heil!

In der Festungshaftanstalt Gollnow herrscht zwischen den Gefangenen ein erfreulich kameradschaftlicher Geist, ungeachtet der Gesinnungsgegensätze. Schicksalsgemeinschaft verbindet. Als vor einigen Jahren dort ein junger kommunistischer Gefangener beim Baden ertrank, spendete der damals noch wegen des Küstriner Aufstands inhaftierte Major Buchrucker dem toten Gegner und Hausgenossen einen Kranz, dessen schwarz-weißbrote Schleife eine besonders herzliche Inschrift trug. Dieses gute Verhältnis zwischen den politischen Häftlingen scheint sich in Gollnow erhalten zu haben. So erklärt sich ungezwungen der Übertritt des nationalsozialistischen Reichswehrleutnants Scheringer zur kommunistischen Partei. Der junge, kämpferische und gegen den gegenwärtigen Staat heftig erbitterte Mann ließ sich in täglicher Gesellschaft theoretisch geschulter, nicht minder kämpferischer und erbitterter Kommunisten überzeugen. Weder er noch seine Bekehrer verdienen ein Wort tadelnder Kritik. Nur ein paar Fragen seien gestattet: Wäre der nationalistische Offizier auch für die KPD. zu gewinnen gewesen, wenn dort nicht seit dem Wahlauftritt vom letzten Sommer anstelle der früheren Bekenntnisse zur Weltrevolution die Parole der „nationalen“ Revolution getreten wäre? Wäre der junge Scheringer auch für Klassenaktionen zu gewinnen gewesen, die neuerdings bei der KPD. durch Aufrufe zur „Volks“aktion abgelöst sind? Hätte er das schneidige Linksumkehr fertig gebracht, wenn er nicht die Rote Fahne von oben bis unten mit militärischen Ausdrücken bestückt sähe. Das arbeitet mit schnarrenden Worten wie wehrhaft und Offensive, Front und Formationen, Stoßbrigaden, Etappen und marschierenden Reihen, auch wo das alles nur im übertragenen Sinne des Symbols gemeint ist. Die Radikalnationalisten um Otto Straßer, Niekisch, Paetel, Jünger stellen längst fest, daß die Kommunisten sich ihres Streitrosses bemächtigt haben. Kein Zweifel, daß sich das rotumsäumte Sattelzeug hübsch ausnimmt, und kein Wunder, daß es dieselben Reiter zum Aufsitzen reizt, die es ohnehin eingeritten haben. Nicht der nationalistische Offizier ist zu den Kommunisten gekommen, sondern die Kommunisten sind ihm entgegengejeist. Außer in der Rassen- und allenfalls in der Russenfrage sind zwischen den Parteikommunisten und den antifaschistischen Nationalisten grundsätzliche Differenzen kaum mehr zu erkennen. Der Nationalbol-schewist Scheringer wenigstens hat keinen weiten Sprung zu tun brauchen. Rot Heil!

FANAL

Abonnements = Erneuerung

Mit diesem Heft beginnt das dritte Quartal des V. Jahrgangs. Die Halbjahres-Abonnements sind damit fällig. Von den Lesern, welche die Gebühren bis zum 10. April nicht durch Zahlkarte entrichtet haben, werden sie, ihr Einverständnis vorausgesetzt,

d u r c h N a c h n a h m e
erhoben.

Leider entstehen regelmäßig bei der Einziehung der Abonnementsgelder sehr erhebliche, für unser unter der Wirtschaftsnot dauernd schwer leidendes und um seine Existenz zäh ringendes Blatt überaus empfindliche und dabei gänzlich überflüssige Kosten dadurch, daß viele Leser die Nachnahmekarten nicht einlösen. Wer nicht in der Lage ist, die fällige Summe auf einmal zu entrichten, sollte uns das vorher durch Postkarte mitteilen. Daß wir Erwerbslosen auf rechtzeitige Verständigung hin Zahlungsaufschub gewähren, versteht sich von selbst. Wer aber das Geld hat, sollte es bereit halten und uns nicht zu unfruchtbaren Kosten und unnötiger Arbeit zwingen. Alle schriftstellerische, redaktionelle und administrative Arbeit am FANAL wird von den Genossen um der Sache willen unentgeltlich geleistet. Von den Lesern kann soviel Solidarität erwartet werden, daß sie diese Arbeit nicht zwecklos vermehren. Ueberdies bedeutet jede vergeblich ausgesandte Nachnahme eine Sonderbesteuerung der Zeitschrift zugunsten des Staates. Den Ertrag davon hat nicht der arme Briefträger, der vergeblich Treppen steigen mußte, sondern der Staat, der damit abgehalfterten Fürsten und Generalen Pensionen zahlt und Roggenpreise stützt.

Also: Haltet das Geld bereit fürs FANAL! Finanziert lieber die Munition des revolutionären Kampfes als die der Reichswehr und Polizei!

Zahlt oder löst die Nachnahme ein!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

9. April, Vortrag des Genossen Lothar Gebhardt, über
„Wära“

30. April, Vortrag der Genossin Else Beck. über
„Religion und Freidenkertum“.

Eingänge für den Pressefonds:

Gustav K, Gotha	2.—
Wilh. Reede, Stuttgart	1.—
E. v. A., Gießen	25.—
Anarch. Vereinigung, Berlin	20.—
A. Holke, Leipzig	10.—
Dr. J., Lübeck	5.—
Gustav Waldow, Berlin	10.—
Dr. R. Friedeberg, Ascona	50.—
Metzner, Halle	10.—
Kurt Munger, Berlin	10.—

Diese freiwilligen Spenden liefen in den drei letzten Monaten ein. Wir danken den Gebern und bitten, FANAL weiterhin über die Wirtschaftsnot hinüberzubringen, die eine andauernde Verminderung der Einnahmen durch Abspringen Erwerbsloser verursacht

Anspannung aller Kräfte ist nötig, um das Weitererscheinen von FANAL zu sichern!

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgegend

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel Böttgerstr. 4.

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerrasch, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag im Lokal „Zum Nordpol“, Lutherstr. 3

Gruppe Lichtenberg: Jeden Freitag im Lokal Kupsch, Tasdorferstr. 4.

Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1, Am Koppenplatz.

Anarchistische Jugend, Neukölln. Versammlung jeden Montag, im Jugendheim, Bergstraße 29.

Bücher,

die jeder freiheitliche Sozialist lesen sollte

- Alf** von Bruno Vogel. Ein antimilitaristischer und Jugendroman. Ein von der gesamten Presse glänzend beurteiltes Buch!
Leinenband 6.—
- Die letzte Stunde** von Fritz Gross. 160 Novellen von den Tode-
stunden bedeutender Menschen der Welt-
geschichte. Leinen gebunden 6.—
- Nelti** von Han Ryner. Ein utopischer Roman. Der reiche Inhalt ist
spannend dargestellt, die Sprache dichterisch schön.
Ganzleinen geb. 5.—
- Das letzte Gefecht** von E. Pataud u. E. Pouget. Ein Revoluti-
onsroman. Mit Illustrationen v. F. Rocker.
Vorwort v. Kropotkin. Leinen 5.—
- Staatsraison** von Erich Mühsam. Drama. Ein Denkmal für Sacco-
vanzetti. Leinen geb. 2.—
- Brennende Erde** von Erich Mühsam. Verse eines Kämpfers! Der
beste Gedichtband d. bekannten Freiheitskämpfers.
Geb. 2.—, brosch. 1.—
- Mein Leben hinter Kerkermauern** von Karl Plättner, dem mitteleut-
schen Bandenführer! Gegen Ju-
stizschmach! Leinen geb. 5.—
- Hinter Stacheldraht u. Gitter** von Rudolf Rocker. Erinnerungen aus
der englischen Kriegsgefangenschaft.
Gebunden 5.40, brosch. 3.50
- John Most. Das Leben eines Rebellen** v. R. Rocker. Eine Biographie
Gebunden 5.40, brosch. 3.50
- Die Sechs** von R. Rocker. Sechs Gestalten aus der Weltliteratur.
Leinen 2.40, brosch. 1.50.
- Vom andern Ufer** von R. Rocker. Politische Essays.
Gebunden 1.80, brosch. 0.90
- Die Untersten** von V. Noack. Geschichten aus dem Berliner
Scheunenviertel. Gebunden 1.50, brosch. 0.90
- Empörer! Empor!** von Kurt Klüber. Gedichte, Skizzen u. Reisebe-
richte. Gebunden 2.10, brosch. 0.90
- Dämonen des Blutes** von Samuel Lewin. Eine Vision gegen den
Krieg. Gebunden 1.50, brosch. 0.90
- Sturm** von J. H. Mackay. Revolutionäre Gedichte.
Gebunden 1.50, brosch. 0.90
- Die Tat** von A. Berkman. Gefängnis-erinnerungen eines Anarchisten.
Das Buch hat im In- und Auslande Aufsehen erregt.
Gebunden 6.50, brosch. 5.—

Verbreitet diese Literatur!

ASY-VERLAG G. m. b. H.

Zu beziehen durch FANAL